

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May & Co. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 27

Verrechnungswiese: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis** für die Zeit vom 5. Jan. bis 18. Jan.: Frei ins Haus vierzehntägig Mk. 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 60 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsanstreger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postkassenkonto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda** Konto Nr. 84. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Veröfentlichungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einseitige Grundchriftzeile 20 Pfg., örtliche Anzeigen 15 Pfg., die 30 mm breite Reklamazeile (im Textteil) 50 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Bis Sammelanzeigen tarifm. Zuschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 22.

Dienstag, den 27. Januar 1925.

80. Jahrgang

Tageschau.

Der Schlussbericht der Militärkontrollkommission wird sich nach Pariser Meldungen abermals verzögern und ist erst in einem Monat zu erwarten.

Durch das Berliner Wuchergericht sind die Deutschen Spirituosenwerke A. G. und die Spirituosenvertriebsgesellschaft Weber & Co. G. m. b. H., die beide dem Weberkonzern angehören, geschlossen worden.

In England ist Beunruhigung entstanden über den nunmehr erfolgten Abschluss des russisch-japanischen Vertrags.

Bei einer Stahlhelmtagung in Pirna kam es zu Zusammenstößen mit Kommunisten. Siebzehn Personen sollen verletzt sein.

Die an der westafrikanischen Küste liegende, zu Portugal gehörige Insel Port Alexander, ist plötzlich versunken. Ueber das Schicksal der Bewohner fehlt jede Nachricht.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser ausführliches an anderer Stelle.

Deutschlands Abzagnot.

Von G. Bueh-Dessau.

Deutschland erwartet die Rettung seiner Wirtschaft durch eine verstärkte Ausfuhr. Die Lasten, die es durch den Dawesvertrag auf sich nahm, glaubt man nur bei einem vermehrten Warenabfluss nach dem Auslande tragen zu können, und unsere Handelsbilanz schloß bis zum November mit einem Einfuhrüberschuß von 2199,6 Millionen Mark! Vor dem Kriege war der Einfuhrüberschuß so gut wie nicht mehr vorhanden, er machte für das ganze Jahr 1913 nur noch 673 000 Mark aus. In der Öffentlichkeit glaubt man nun, daß die im Januar eintretende Wirkung unserer uns zurückgegebenen Handelsvertragsfreiheit die Ausfuhr beleben wird; man unterschätzt dabei die Schwierigkeiten, denen wir gegenüberstehen, denn die Weltmärkte zeigen heute ein völlig verändertes Bild gegenüber der Zeit vor dem Kriege. Nicht nur die von den meisten Staaten aufgebauten Zollschranken, die unsere für den Weltmarkt schon zu hohen Preise der Waren noch steigern, nicht nur unsere Kapitalnot, die uns unseres früheren Vorteiles beraubt, lange Kredite zu bewilligen, die einst unser Balkangebiet und unseren Südamerikahandel so entwickelten, auch nicht der Verlust unserer Auslandsvertretungen, Niederlassungen und Besitzungen drücken unsere Abzagnöglichkeit im Auslande so gefährlich herab; als unseren größten Feind haben wir die industrielle Weltentwicklung anzuerkennen, Staaten, die früher Absatzgebiete waren, führen heute selbst Industriewaren aus, Gebiete, die sich auf wenige Märkte im Absatz beschränkten oder ganz überwiegend für den eigenen Markt herstellten, drängen heute auf den internationalen Markt. Deutschland ist nicht in der Lage, durch eine Umstellung seiner Wirtschaft diesen Gefahren begegnen zu können; wir können unsere Industrieproduktion nicht zugunsten einer Rohstoffausfuhr zurückstellen, denn nachdem man uns das Eisen genommen, haben wir lediglich Kohle anzubieten, dies auch nur in beschränktem Umfang, zudem sind wir hier im Weltabsatz durch das Angebot billiger englischer und tschechischer Kohle gehemmt. Monopolindustrien besitzen wir nicht mehr, die eisäffische Stahlindustrie hat uns durch ihre Konkurrenzentwicklung zum Absatzvertrage bezüglich der amerikanischen Lieferungen gezwungen, um einen Vertrag über die Lieferung nach der Tschechoslowakei mühen wir uns bemühen. Unsere Farbenindustrie beherrscht nicht mehr den Weltmarkt, sie befindet sich in Absatzschwierigkeiten, denn die in den letzten zehn Jahren entwickelten Farbenindustrien in Frankreich, in den Vereinigten Staaten, in Italien haben hier unser Angebot in vielen Sorten durch Selbstherstellung nicht nur unumgänglich gemacht, man führt selbst Farben und Farbstoffe aus. Die Elektrizitätsindustrie, die in Spanien, Südamerika, im Baltan den vorhandenen Bedarf ganz oder fast ganz deckte, die in einzelnen Produkten die Welt versorgte, ist überall abgedrängt, sie hat ihren Weltmarkt teilweise völlig verloren, Amerika, England, Italien treten jetzt führend auf. Die deutsche Maschinenindustrie, die nur in England einen sehr scharfen Konkurrenten besaß, den sie in der Ausfuhrmenge 1913 schon nahezu schlug, hat jetzt in Amerika einen Widersacher gefunden, dessen gigantische Stärke fast monatlich zunimmt, außerdem ist die industrielle Neuschöpfung und Erweiterung gerade hier auf allen Märkten hervorgetreten, die Schweiz, Belgien, Holland, Frankreich haben ihre Maschinenindustrie wesentlich entwickelt, Schweden, Italien sie geschaffen, Ägypten, Indien, die südafrikanische Union, Japan bilden sie sich heran, Tschechen und Polen bauen Maschinen. Die

einst überaus konkurrenzstarke deutsche Eisen-, Stahl- und Halbzeugindustrie wird im eigenen Land mit billigem Auslandsangebot überschüttet, das kleine Belgien konnte das große Deutschland auf dem indischen Eisenmarkt verdrängen. Die Spielwarenindustrie, die vor dem Kriege über die Hälfte der Weltzeugung herstellte, die in Amerika, Japan, Südafrika einen fast konkurrenzlosen Markt besaß, bringt ihre Fabrikate heute bei stark zurückgegangener Herstellung überwiegend nur auf dem Innenmarkt unter; die Papierindustrie Deutschlands, die in Europa die größte war, fast doppelt so groß wie jene Englands, weit mehr als doppelt so groß wie jene Frankreichs, sieht sich auf dem Weltmarkt durch außerdeutsche Fabrikate ersetzt. Die Textilindustrie arbeitet bei geringem Auslandsvertrieb. Die Fertigwarenausfuhr hat in den ersten 9 Monaten des abgelaufenen Jahres nur 3660 Millionen Mark erreicht, die Fertigwareneinfuhr war so hoch, daß die Reinausfuhr nur auf 2384 Millionen Mark zu berechnen war; für 1913 belief sich die Fertigwarenausfuhr auf 6396 Millionen Mark. An Rohstoffen und halbfertigen Waren hat die Einfuhr die Ausfuhr um 2571 Millionen Mark überstiegen, die Ausfuhrziffer lautete nur auf 0,592 Millionen Mark. Im Jahr 1913 lautete die Ausfuhr auf 2879 Millionen Mark. Diese Zahlen beleuchten in trauriger Deutlichkeit unseren Verlust von Kohle und Eisen im Westen und Osten. Wenn es Frankreich nun wirklich noch gelingen sollte, Zugeständnisse in der Zollfreiheit Eisen- und Holzbringens zu erlangen, dann werden die Aussichten für den deutschen Handelsablauf noch ernster, als sie es ohnehin schon sind. Nach diesem Gebiete gingen von uns für 4,590 Millionen Mark fertige Waren, während dorthin zur Einfuhr für 315,548 Millionen Mark eingeführt wurden.

Unserer Außenhandel gegenüber ist weiter zu bedenken, daß Amerika vor dem Kriege eine kapitalarme Industrie besaß, die über 75 Prozent nur für den Innenmarkt arbeitete. Jetzt hat Amerika eine kapitalverförmte Industrie, deren Herstellungskraft weit die Bedürfnisse des Innenmarktes übersteigt, die amerikanische Industrie ist auf den Weltmarkt angewiesen, sie produziert heute nicht nur im Lande selbst, sondern hat ihre Werke bereits im Auslande. Indien, ein zuvor ausschließliches Rohstoffgebiet, hat heute eine gute Textilindustrie, schafft sich die Eisen- und Stahlindustrie. Die Entwicklung Japans ist bekannt, weniger die der südafrikanischen Union, die auf ausgedehnten Gebieten die Industrieproduktion durchführte; das mit Kriegsgewinn gefegnete Ägypten stellt beachtenswerte Papierfabrikate her, die die Einfuhr herabmindern; das industrielle Italien von 1925 ist mit jenem von 1913 unvergleichbar. Diese kurzen, leider nur zu leicht vermehrbaren Beispiele zeigen, wie schweren Hemmnissen die deutsche Ausfuhr auch in diesem Jahre, trotz der nun eintretenden normalen Handelsvertragsverhältnisse, gegenüberstehen wird.

Die Haltung des Zentrums.

Berlin, 25. Januar. Am Sonnabend fand im Reichstag eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes des Zentrums und der Landes- und Provinzialorganisationsvorstände statt, in der die Stellungnahme zur Regierungserklärung im Reiche durch eine Entschließung gebilligt wurde.

Reben den Abgeordneten Fehrenbach und Marx legte auch der Abgeordnete Dr. Wirth seinen bekannten Standpunkt dar. Die Vorstandsmitglieder ließen sich von der Notwendigkeit der politischen Maßnahmen anlässlich der Regierungsneubildung im Reiche entgegen den auf Grund früher ergangener Proteste geäußerten Befürchtungen verhältnismäßig leicht überzeugen. Dr. Marx, der bisherige Reichsfunktionär, der als Parteivorstand der Besprechung leitete, erklärte seinerseits, daß das Zentrum sich lediglich nach den staatspolitischen Notwendigkeiten richtet und alle parteipolitischen Gedankengänge, bei deren Verwirklichung es wahrscheinlich besser gefahren wäre, zurückgestellt habe. In der Aussprache wurde weiter festgestellt, daß das Zentrum die Arbeitsmöglichkeiten der Regierung Luther nicht behindern will, daß es aber, sobald irgendwo gegen die grundsätzlichen Anschauungen der Zentrumspartei und Zentrumspolitik verstoßen werde, daraus sofort die parlamentarischen Folgerungen ziehen würde.

Die Regierungsbildung in Preußen

wurde nur in mehr privater Aussprache gestreift. Allerdings wurde dabei von maßgebenden Abgeordneten des preussischen Landtages der Standpunkt vertreten, daß die Fraktion auch bei der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten am kommenden Freitag ihre einmal eingenommene Haltung gegenüber den Bestrebungen der Rechtsparteien nicht ausgeben könne. Selbst die unter der Führung des Abg. Herold stehende alte, aus landwirtschaftlichen Krei-

sen sich zusammensetzende Opposition, die noch bei der Fraktionsabstimmung über die Wahl des sozialistischen Landtagspräsidenten Variels aus etwa 40 Stimmen bestanden hatte, glaubte sich von der Mehrheit der Fraktion in der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten nicht trennen zu können. Immerhin ist aber Aussicht vorhanden, daß bei klugen Entgegenkommen der Rechtsparteien sich aus diesen Kreisen noch einige Abgeordnete den Stimmen anschließen, die für die Bildung einer Rechtsregierung eintreten. Wie es heißt, legt das Zentrum besonderen Wert darauf, daß ihm nun nach dem Ausscheiden des sozialistischen Ministerpräsidenten bis Stelle des Ministerpräsidenten zufallen müsse, und daß es dann den Rechtsparteien in der Befehdung der übrigen Ministerien, namentlich des wichtigen Innenministeriums, entgegenkommen würde.

Wie die L.-U. erfährt, kam allgemein zum Ausdruck, daß die Parteien, die den Sturz des Kabinetts herbeigeführt haben, in erster Linie dazu berufen seien, Anstrengungen zur Neubildung des Kabinetts zu machen. Ein ausgesprochenes Rechtskabinett werde allerdings die Unterstützung des Zentrums nicht finden.

Die Vorbereitungen zur Präsidentenwahl.

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 26. Januar. (Drahtmeldung.) In den politischen Kreisen beginnt man sich immer eingehender mit der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten zu beschäftigen. Wie wir erfahren, soll ein endgültiger Beschluß der Reichsregierung über die Ansetzung des Wahltermins Ende März gefaßt werden, damit die Aufstellung noch rechtzeitig erfolgen kann. Die Aufstellung der Kandidaten selbst wird durch die Parteivorstände erfolgen, die sich schon jetzt nach den in Frage kommenden Persönlichkeiten umsehen. Dabei werden sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei auf einen Kandidaten einigen, während das Zentrum vorläufig noch nach keiner Seite Föhlung nehmen wird, und auf der anderen Seite die beiden Linksparteien ebenfalls geneigt sind, sich auf eine gemeinsame Kandidatur zu verständigen.

Der Fortgang der Militärkontrolle.

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 26. Januar. (Drahtmeldung.) Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die interalliierte Militärkontrolle bisher ohne jede Unterbrechung weiter fortgeführt worden ist. Eine Angabe der alliierten Stellen, bis zu welchem Zeitpunkt die Kontrolle eingestellt werden soll und wann eine Beendigung der Berichterstattung über die Ergebnisse der Kontrollhandlungen erwartet werden kann, liegt bei der Reichsregierung nicht vor. In den Berliner Regierungskreisen ist man außerordentlich beunruhigt über die Berichte der englischen Regierungsorgane, in denen behauptet wird, daß die Kontrolle noch den ganzen Monat Februar über andauern soll.

Die schwarze Schmach.

Der Volksbund „Rettet die Ehre“, Zentrale Bremen, schreibt uns, er habe von unbedingt glaubwürdiger Seite, und zwar von einem gebildeten Regler aus Lugo, folgenden Bericht erhalten:

Die andauernde deutsche Weltpropaganda gegen die Besetzung des Rheinlandes mit farbigen Franzosen bewirkt, daß die französische Regierung die Senegal-Regierung aus Deutschland zurückzog. Sie wurden nach der unter französischem Mandate stehenden deutschen Kolonie Lugo abtransportiert. Doch die Lugo-Regierung lehnte beim Gouverneur die Aufnahme der Senegal-Regierung mit der Begründung ab, daß sie keine „Wilden“ bei sich dulden wollten. Als diese dennoch gelandet wurden und ihre am Rheine erworbenen Umgangsformen französischer Ritterlichkeit auch bei den Frauen und Mädchen in Lugo üben wollten, sind sie von den Lugo-Regern einmütig derart verprügelt worden, daß der Gouverneur, der übrigens auch den Namen Polcaré trägt, sich gezwungen sah, diese schwarzen Franzosen weiterzuführen.

Was man also den deutschen Lugo-Regern nicht zu bieten wagen darf, das hat man den Deutschen zu bieten sich nicht gekümmert?

England

und des russisch-japanischen Vertrags.

London, 25. Januar. Es erscheint sehr bedauerlich, daß auch alle leitenden Wochenblätter, wie „Spektator“, „New Statesman“, „Nation“, „Economist“ und „New Review“